

26. IV. 1917

26  
81

**Kriegszielerörterungen.**

Die „Deutsche Tageszeitung“ weist auf die weit ungünstigere Lage Deutschlands gegenüber der unserer Feinde hin, wenn ein sozialdemokratischer Verzichtsfriede (ohne jede Entschädigung an Geld und Gebiet) geschlossen werden sollte.

Für unsere Feinde würde der ganze Weltmarkt für jede Betätigung offen stehen, während uns auch die schönsten Verträge die Rückeroberung unserer früheren Weltmarktstellung nicht ermöglichen, geschweige denn sichern würden; nur ein internationaler Phantast kann annehmen, daß unsere Gegner, wenn Deutschland gutmütig und kurzfristig genug gewesen ist, den Sieg aus der Hand zu geben, ihm aus Dankbarkeit die Türen in der Welt offenhalten würden. Diese Aussicht ist aber für uns von um so einschneidenderer Bedeutung, als unsere Hauptfeinde über verhältnismäßig weit größere natürliche Reichtümer verfügen als Deutschland, dessen größter Reichtum in seiner Arbeit und in ihrer freien Betätigung in der Welt besteht. Auch wenn unsere Feinde, was aber bei einem Verzichtsfrieden völlig aus-

geschlossen wäre, auf jede planmäßige Beeinträchtigung des deutschen Handels auf dem Weltmarkte verzichten würden, so würde deshalb Deutschland sich doch immer noch schwerer erholen, zumal die günstigen Bedingungen des Weltmarktes, die vor dem Kriege bestanden, aus natürlichen Gründen nach dem Kriege längere Zeit keinesfalls vorhanden sein werden.

Darum kommt für Deutschland alles darauf an, durch eine entsprechende Machtgrundlage seine künftige Bewegungsfreiheit in der Welt auch wirklich sicherzustellen; zugleich aber darauf, im engsten Verein damit sich einen wirtschaftlichen Vorsprung zu sichern. Jede Milliarde, die es zur Erreichung dieser Ziele während des Krieges ausgibt, wird ihm nicht nur eine Billeit von Milliarden an direkter Entschädigung für seine Opfer an Gut bringen, sondern bedeutet außerdem einen noch vielleicht größeren potentiellen Wert für seine künftige wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit.

Die „Kreuzzeitung“ begründet die unabweisbare Notwendigkeit einer reichlich bemessenen Kriegsent- schädigung also:

Selbst wenn, was noch keineswegs sicher ist, die Regierung mit keinen neuen Kriegskreditforderungen mehr hervortreten genötigt sein sollte, würde das Reich allein eine Kriegsschuld von rund 80 Milliarden in den Frieden hineinschleppen. Allein für die Verzinsung dieser Kriegsschuld würden jährlich vier Milliarden aufzubringen sein, und dabei würde noch kein Pfennig Schulden getilgt werden. Ferner darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß nach dem Friedensschluß das Reich noch eine ganze Reihe weiterer Zahlungen, die mit dem Weltkriege im Zusammenhang stehen, zu leisten haben wird. Wir denken hier in erster Linie an die Jahresrenten für die Kriegsbeschädigten, Kriegserwitwen und -Waisen, den Ersatz der von den Bundesstaaten und Gemeinden verauslagten Kriegsunterstützungen und die Beiträge für die Ueberwindung der Schwierigkeiten der Uebergangswirtschaft. Man wird diese Belastung auf mindestens 12 Milliarden M. veranschlagen können, so daß dem Reiche allein für das erste Jahr nach dem Friedensschluß eine Ausgabebelastung von ungefähr 16 Milliarden M. erwachsen würde. Als vorläufig regelmäßig wiederkehrende Ausgaben sind hiervon die Zinsen der Kriegsanleihen mit 4 Milliarden M. und die Jahresrenten der Kriegsbeschädigten mit, wohl nicht zu hoch gerechnet, 3 Milliarden M. jährlich in den Reichshaushalt einzustellen. Außerdem bleiben für das erste Jahr nach dem Friedensschluß noch ungefähr 9 Milliarden M. an einmaligen Ausgaben zu decken. Die ordentlichen Jahresausgaben des Reiches beliefen sich vor dem Kriege schon auf rund 4 Milliarden M., so daß das Reich in Zukunft insgesamt 11 Milliarden jährlich aufzubringen hätte. Andererseits kann aber die Kriegsschuld von 80 Milliarden nicht ewig ungetilgt bleiben und muß zurückgezahlt werden. Gesezt den Fall, daß man die 80 Milliarden innerhalb vierzig Jahren zu tilgen beabsichtigt, so müßten jährlich weitere 2 Milliarden Mark ausgebracht werden. Die jährliche Gesamtausgabenbelastung für das Reich — von den Bundesstaaten und Gemeinden ganz abgesehen — würde sich mithin auf nicht weniger als 13 Milliarden Mark stellen und demgemäß allein im Reiche die steuerliche Belastung mehr als verdreifachen. Das aber müßte in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zu den bedenklichsten Folgen führen und würde auf nichts anderes hinauslaufen, als auf einen völligen Ruin unseres gesamten Wirtschaftslebens. Alle diese Umstände verlangen gebieterisch eine Abwägung der Milliardenlast wenigstens zu ihrem größten Teile auf den Gegner in Gestalt einer möglichst hohen Kriegsent- schädigung.